

## FÜR WOHLSTAND, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN IN EUROPA

PODIUMSDISKUSSION DER KAS ANLÄSSLICH DES EVP-KONGRESSES IN BONN, 8. DEZEMBER 2009

Die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert internationale Regeln. Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft bietet einen solchen Orientierungsrahmen. Denn es hat sich national bewährt. Die Staaten der Europäischen Union verpflichten sich im Vertrag von Lissabon auf eine „wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft“ hinzuwirken. Um die Diskussion zu den Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – auch in Europa – zu befördern, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) gemeinsam mit führenden Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der Europäischen Union die „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ erarbeitet. Dieses Grundlagendokument definiert Erfolgsbedingungen für eine globale sozial- und marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung und liegt inzwischen in mehr als einem Dutzend Sprachen übersetzt vor ([www.kas.de/leitlinien](http://www.kas.de/leitlinien)).

Um die „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen, lud die KAS im Dezember 2009 anlässlich des Kongresses der Europäischen Volkspartei (EVP) in Bonn zu einer Podiumsdiskussion ein. Teilnehmer waren die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Ursula Heinen-Esser MdB, der Fraktionsvorsitzende der EVP im Europäischen Parlament, Joseph Daul MdEP, sowie der designierte Vorsitzende der KAS und Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Hans-Gert Pöttering MdEP. Sie diskutierten neben den zehn Kernthemen der Leitlinien die Frage, welche Chancen die Soziale Marktwirtschaft in Zukunft sowohl auf Ebene der Europäischen Union als auch auf Ebene der internationalen Staatengemeinschaft haben wird. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Wirtschaftsjournalistin und Publizistin Ursula Weidenfeld.

### **DAS WIRTSCHAFTLICHE GEWINNMOTIV HAT SEINE UNSCHULD VERLOREN**

Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser analysierte in ihrer Impulsrede das Wesen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und unterstrich, in Anlehnung an den Text der Leitlinien, die Möglichkeit einer konstruktiven Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise.



*Professor Dr. Hans-Gert Pöttering führte als ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und designierter Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung in die Thematik der Veranstaltung ein.*

Sie stellte fest, dass die Krise viele vermeintliche Gewissheiten so grundlegend in Frage gestellt habe, dass heute eine Neuorientierung der Politik unumgänglich sei. Das Streben nach Gewinn bleibe eines der Fundamente jeder marktwirtschaftlichen Ordnung: „Es ist sozusagen der Treibstoff für wirtschaftliche Dynamik und alle Arten unternehmerischen Handelns“, so die Staatssekretärin. Doch in der Krise sei deutlich geworden, dass dieses Ziel auch seine dunklen Seiten habe: Wenn Bankberater ihren Kunden bestimmte Finanzprodukte verkauften, nur weil sie ihre eigene Provision im Blick hätten und nicht etwa, weil das Produkt zum Risikoprofil des Kunden passe, dann führe das Gewinnstreben in eine Sackgasse, so Ursula Heinen-Esser. Weiterführend stellte sie heraus, dass die Kopplung von Managereinkommen an Aktienkurse offensichtlich keine Garantie für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg bilde.



*Der stellvertretende Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers, begrüßte die rund 450 Gäste der Podiumsdiskussion in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.*

Auch die Theorie der „effizienten Märkte“ habe an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Die internationalen Finanzverflechtungen galten jahrelang als das Musterbeispiel für einen funktionierenden Markt, in dem sowohl alle verfügbaren Informationen als auch Risiken beispielhaft verarbeitet würden. Der Grundgedanke, dass sich die Finanzmärkte im Gleichgewicht befänden, entwickelte sich allerdings mit der Zeit geradezu zu einer Ideologie. Der Glaube an die Unersetzbarkeit dieser etablierten Mechanismen habe sich für die Finanzbranche in der Krise als eine der größten Schwachstellen erwiesen.

Die Staatssekretärin stellte die Forderung nach immer höheren Renditen und Wachstumsraten als zu einseitig dar. Denn auch wenn Kapitalrenditen auf lange Sicht höher liegen könnten als gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten, so seien Renditen von 20 Prozent und darüber hinaus nur zu erzielen, wenn man sehr hohe Risiken eingehe. Ursula Heinen-Esser schlussfolgerte, dass sich die Wirtschaft weltweit in einer umfassenden Systemkrise befinde, in der sowohl unsere bisherigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorstellungen als auch unser sozialökologisches sowie marktwirtschaftliches System auf eine harte Bewährungsprobe gestellt würden.

#### **AUF DER SUCHE NACH ORDNUNGEN: DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS EUROPÄISCHES ZUKUNFTSMODELL**

Im Zentrum der von der KAS erarbeiteten „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ stehen insgesamt zehn Prinzipien: angefangen bei einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung über den Wettbewerbsgedanken bis hin zu offenen Märkten und der Nachhaltigkeit. Alle diese Elemente geben Hinweise, worin das Zeitgemäße in der Ordnungsidee einer Sozialen Marktwirtschaft liegt. Die Soziale Marktwirtschaft, welche in ihrem Kern

auch ökologische Aspekte berücksichtigt, bietet aufgrund ihrer ethischen und moralischen Wurzeln eine Antwort auf die durch die Krise hervorgerufene Unsicherheit.

Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser stellte in diesem Zusammenhang heraus, dass sich die Erschütterungen an den globalen Finanzmärkten für viele Menschen in dem Eindruck manifestierten, den oft unüberblickbaren Wirtschaftsprozessen ausgeliefert zu sein. „Das Gefühl, die eigene Situation nicht beherrschen zu können, und eine wachsende Angst vor dem eigenen Abstieg ist mittlerweile kein soziologisches Randphänomen mehr, sondern vielmehr ein Problem, das in der Mitte der Gesellschaft verortet werden muss“, so Ursula Heinen-Esser. Die Soziale Marktwirtschaft bilde, anders als konkurrierende Wirtschaftssysteme, ein Ordnungsmodell mit einer anthropologischen Orientierung. Ausgangspunkt sei ein Menschenbild, das auf Personalität und der Würde jedes Einzelnen aufbaue. Aus dieser christlichen Auffassung heraus leite sich eine klare Ethik des Wirtschaftens und Handelns ab. Ein wesentliches Kriterium sei es, den Einzelnen als aktives Subjekt wahrzunehmen und zu beteiligen. Den Bürger nur zu versorgen und ihn zu einem Empfänger von staatlichen Verteilungssystemen zu machen sei ungerecht. Die Soziale Marktwirtschaft drücke ihren ethischen Anspruch darin aus, dass die Verantwortung gegenüber dem Einzelnen an erster Stelle stehe.

Neben der anthropologischen Prägung sind es für Ursula Heinen-Esser auch die Zentralität des Marktes und die klaren Rahmenbedingungen, die die Soziale Marktwirtschaft kennzeichnen. Darüber hinaus weise sie als Ordnungsmodell dem Staat eine konstruktive und zeitgemäße Rolle zu. Sie sei nicht etwa eine Doktrin, sondern vielmehr eine Bewegung „von unten“. Daraus resultiere Lernfähigkeit und Beweglichkeit, welche die Soziale Marktwirtschaft auch international



*Ursula Heinen-Esser,  
Staatssekretärin im Bundes-  
umweltministerium, während  
ihres Impulsvortrages.*



anschlussfähig mache. Letztlich sei die Soziale Marktwirtschaft deshalb ein passendes Modell, weil sie zwar vom Begriff her deutsch geprägt, aber im Grunde eine Verkörperung der Idee europäischer Vielfalt sei. Europa habe also die Chance, mit der Sozialen Marktwirtschaft einen Beitrag zu einer besseren Welt im Sinne von Freiheit, Fairness, Verantwortung und Solidarität zu leisten. Zum Abschluss hob Staatssekretärin Heinen-Esser hervor: „Der zukünftige Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in Europa ist kein Selbstläufer. Stattdessen stehen wir vor der Aufgabe, den Wachstumsbegriff sowie den Gedanken der Nachhaltigkeit neu in unseren Gesellschaften zu verankern.“

#### **SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS INTERNATIONALER WEGWEISER AUS DER KRISE?**

In der anschließenden Podiumsdiskussion debattierten die Experten darüber, welche internationalen Chancen die Soziale Marktwirtschaft in Zukunft hat. Stellt sie bereits heute ein europäisches Modell dar? Dazu nahm zunächst Joseph Daul, seit Januar 2007 Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Stellung. Die Europäische Union sei mit dem Vertrag von Lissabon und der darin ausdrücklich erwähnten Sozialen Marktwirtschaft als zu erstrebendes Ordnungsmodell auf die Basis der gemeinsamen Werte zurückgekommen. Für Daul zählen dazu – gerade in Krisenzeiten – die Absicherung der Arbeitsplätze und damit auch die Absicherung der Familien.

Auch Hans-Gert Pöttering ging auf die Frage ein, inwiefern die Soziale Marktwirtschaft bereits heute als „europäisches“ Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell bezeichnet werden kann. Pöttering bekräftigte: „Die Europäische Union ist durch Werte verbunden.“ Es sei wichtig und unumgänglich, die einzelnen Politikfelder und somit auch die Wirtschaftspolitik immer

wieder auf die gemeinsamen Werte zurückzuführen. Der Kern dieser europäischen Werte sei die menschliche Würde und diese müsse dementsprechend auch in der Wirtschaftspolitik der EU – über die Soziale Marktwirtschaft – im Vordergrund stehen. Pöttering grenzte seine Auffassung dabei vom US-amerikanischen Verständnis des Wirtschaftens ab, das stärker kapitalistisch geprägt sei. Dem einzelnen Menschen komme in einem solchen Wirtschaftssystem nur eine marginale Rolle zu.

In diesem Zusammenhang appellierte Pöttering mit besonderem Nachdruck an die Banken: Nachdem diese in der Finanz- und Wirtschaftskrise Unterstützung vom Staat erfahren hätten, sei es nun ihre Aufgabe, den kleinen und mittelständischen Betrieben Kredite bereitzustellen, damit diese wiederum Arbeitsplätze erhalten und sichern könnten. „Es ist an der Zeit, menschliche Initiative zu zeigen und das Unternehmertum zu unterstützen.“ Die zu geringe Unterstützung des Mittelstandes seitens der Banken bemängelte auch Ursula Heinen-Esser: Banken liehen sich bei einem sehr geringen Zinssatz von einem Prozent bei der Europäischen Zentralbank Geld und gäben dieses Geld nicht in ausreichendem Volumen an die Unternehmen weiter.

In der Bewertung der Zukunftschancen für die Soziale Marktwirtschaft in Europa blickte Hans-Gert Pöttering auf seine Präsidentschaft im Europäischen Parlament von 2007 bis 2009 zurück. Aus seinen Erfahrungen resultiere die Überzeugung, dass ein Ordnungsrahmen, wie ihn die Soziale Marktwirtschaft biete, für die Europäische Wettbewerbspolitik unerlässlich sei. Weiterhin stellte er fest: „Die Europäische Union hat sich im Krisenjahr 2009 bewährt.“ Dies sei eine positive Erfahrung, die man aus dieser schwierigen Zeit mitnehmen solle und die Mut gebe, an der Sozialen Marktwirtschaft festzuhalten. Eine Abschottung der einzelnen Märkte innerhalb der EU als nationale Ant-



*Moderiert wurde  
die Podiumsdiskussion  
von der Wirtschafts-  
journalistin und Publizistin  
Dr. Ursula Weidenfeld.*



wort der Mitgliedstaaten auf die Krise hätte zu einem Zusammenbruch des europäischen Binnenmarktes geführt.

Die Experten waren sich einig, dass der Weg aus der Krise in Europa nur gemeinsam mit den anderen Mitgliedsländern beschritten werden könne. Joseph Daul blickte während der Diskussion über die Grenzen Europas hinaus: „Die Soziale Marktwirtschaft muss neben der Europäischen Union auch in der Welthandelsorganisation (WTO) verwurzelt werden, damit es durch die globale Reichweite dieser internationalen Organisation weltweit zu einer Verbesserung der multilateralen Wirtschaftsbeziehungen kommen kann.“ Zurzeit verfolge die WTO eine liberal geprägte Außenhandelspolitik, die Privatisierung und Deregulierung voranstelle.

#### **GRENZEN DER STAATLICHEN INTERVENTION**

Die Expertenrunde griff im Verlauf der Diskussion auch die Kritik am Umfang staatlicher Interventionen in das marktwirtschaftliche Geschehen auf. Moderatorin Ursula Weidenfeld verknüpfte damit die Frage nach dem Maß staatlicher Präsenz im Markt: Sind Interventionen diesen Umfanges mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu vereinbaren? Staatssekretärin Heinen-Esser wies Vorwürfe übermäßigen Interventionismus an die Politik zurück und betonte, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel gerade im letzten Jahr gezeigt habe, dass sie die Soziale Marktwirtschaft „beherrsche“. Sie habe deren Instrumente genutzt und sich in der effektiven Krisenbewältigung als handlungsfähig gezeigt. Ohne die Einrichtung des Deutschlandfonds wäre es unmöglich gewesen, die von der Wirtschaftskrise betroffenen Unternehmen zu retten und zu stärken. Auch die Garantie der Spareinlagen sowie das Kurzarbeitergeld seien politische Maßnahmen

gewesen, die sich in der Krise bewährt und durchaus im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft gestanden hätten. Es sei schließlich keine tragfähige Lösung, am Ende der Weltwirtschaftskrise in der Bundesrepublik zehn Millionen Arbeitslose zu zählen, nur weil sich der Staat nicht einmischen solle. In Krisenzeiten sei es vielmehr von Bedeutung, dass der Staat die letzte Handlungsinstanz bilde.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde von den Podiumsteilnehmern die konkrete politische Ausprägung des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft erörtert. Es wurde abgewogen, inwiefern es sozialmarktwirtschaftlich ist, Betriebe zu erhalten, die auch in „normalen“ Wettbewerbszeiten nicht bestehen würden. Die Experten waren sich einig, dass es für die Politik schwierig zu ermitteln sei, welche Unternehmen durch die Krise beschädigt wurden und welche der Markt auch in wirtschaftlich stabilen Zeiten nicht hätte halten können. Joseph Daul betonte, dass es in der Sozialen Marktwirtschaft eine politische Verantwortung gebe, Betriebe zu identifizieren, welche durch die Finanzkrise in eine wirtschaftlich instabile Situation geraten seien und dann gegebenenfalls einzugreifen. Staatssekretärin Heinen-Esser unterstrich in diesem Zusammenhang, dass die Politik nicht besser wisse als der Markt selbst, welche Unternehmen in einem wirtschaftlichen Markt bestehen könnten: „Die Herausforderung, vor die die Politik auch im Rahmen des Deutschlandfonds gestellt wird, besteht darin, unternehmerische Fehlentscheidungen von krisenbegründeten Schwächen in den Betrieben zu unterscheiden.“ Hier sei es wichtig, eng mit Wirtschaftsexperten zusammenzuarbeiten und diese Analyse nicht allein dem Staat und der Politik zu überlassen. Denn es könne nicht Aufgabe der Politik sein, Wettbewerbsfähigkeit zu beurteilen – auch nicht in einem System der Sozialen Marktwirtschaft.



*Joseph Daul, Vorsitzender  
der EVP-Fraktion im  
Europäischen Parlament.*

Ursula Weidenfeld fasste während der Podiumsdiskussion noch einmal zusammen, dass die allgemeinen Umfragewerte zur Beliebtheit der Sozialen Marktwirtschaft in den letzten Monaten des Jahres 2009 gestiegen seien. Das Thema der „Opel-Rettung“ durch den Staat würde in Umfrageergebnissen jedoch negativ bewertet. War die Intervention durch den Staat nun also richtig oder falsch? Zu dieser Frage herrschte Einigkeit auf dem Podium: Die Experten sahen es als klare Aufgabe der Politik an, wenn nötig auch unpopuläre politische Schritte zu wagen und zu realisieren. Der Staat habe sich von den vielen kritischen Stimmen nicht beirren lassen und am Ende sei die „Opel-Rettung“ die richtige Entscheidung gewesen.

#### **STRATEGIEN DES AUSSTIEGS AUS DEN STAATSDISKURSIONEN**

Moderatorin Ursula Weidenfeld löste abschließend mit der Frage, ob der Staat sich nun rasch wieder aus der Wirtschaft zurückziehen müsse, kontroverse Reaktionen auf dem Podium aus. Für Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser steht fest: „Das politische Engagement in der Wirtschaft kann definitiv nur eine vorübergehende Lösung sein.“ Es sei die richtige Entscheidung gewesen, die Unternehmen und Banken durch die Krise zu führen, aber ein dauerhaftes Eingreifen in die Marktwirtschaft sei nicht das Ziel der Intervention. Joseph Daul hingegen bestärkte das staatliche Engagement und wünschte sich auch zukünftig ein Rahmensystem, mit dessen Hilfe der Staat den wirtschaftlichen Verlauf beobachten und in notwendigem Maße mitgestalten könne.

Nach der Podiumsdiskussion gab es für die rund 450 Gäste der Veranstaltung die Möglichkeit, gemeinsam mit den Experten zu diskutieren. In diesem Zusammenhang spielte ebenfalls die Frage der staatlichen Interventionen eine hervorgehobene Rolle. Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser betonte auch an dieser Stelle, dass der Staat zwar dort „löschen“ müsse, wo es „brenne“, jedoch könne dieser Zustand nicht die Standardlösung für die Zukunft sein. In einer abschließenden Stellungnahme definierte Hans-Gert Pöttering die zukünftig wünschenswerte Intervention des Staates mit den Worten „so viel wie nötig und so wenig wie möglich“. Weiterhin betonte er noch einmal die Wichtigkeit der Werte und Prinzipien in einer europäischen Sozialen Marktwirtschaft. Joseph Daul verwies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit eines funktionierenden, grundsätzlichen Regelsystems, damit sich die Wirtschaft in Zukunft vor derartigen Finanzkrisen schützen könne.

Moderatorin Ursula Weidenfeld stellte zusammenfassend fest, dass es bereits nach der ersten großen Weltwirtschaftskrise 1928/1929 sechs Jahre gedauert habe, bis es schließlich 1935 zum Abschluss eines internationalen Rahmenvertrags kam. Die damalige Regelung war zwar keine vollkommene, aber für die Zeit angemessene Vereinbarung, die in den letzten 80 Jahren Bestand hatte. Die übrigen Panelteilnehmer stimmten zu, dass es ein großer Erfolg wäre, durch internationale Vereinbarungen in Zukunft zur verstärkten Durchsetzung eines zeitgemäßen und europäisch geprägten Wirtschaftsmodells der Sozialen Marktwirtschaft zu kommen. Denn der Weg aus der Krise müsse in Europa und auf internationaler Ebene gemeinsam bestritten werden.

## LEITLINIEN FÜR WOHLSTAND, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

Die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert internationale Regeln. Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft bietet einen solchen Orientierungsrahmen. Es hat sich national bewährt. Die Staaten der Europäischen Union verpflichten sich im Vertrag von Lissabon, auf eine „wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft“ hinzuwirken. Die Institutionen der Europäischen Union, insbesondere das Europäische Parlament, haben gerade in den zurückliegenden Monaten unter Beweis gestellt, dass sie diesem Auftrag Rechnung tragen. Nun muss den Prinzipien auch international Geltung verschafft werden. Worauf es dabei ankommt haben führende Repräsentanten von Politik und Wissenschaft in der Europäischen Union in den folgenden Leitlinien festgehalten.

### PRÄAMBEL

Die zunehmende wirtschaftliche und politische Verflechtung hat in zahlreichen Ländern der Welt zu mehr Wachstum und Wettbewerb geführt, die Bildungschancen verbessert, die soziale Infrastruktur gestärkt und Armut reduziert. Dennoch sind Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit bedroht. Die Ungleichverteilung des weltweiten Wohlstandes ist für wachsende politische und soziale Spannungen mitverantwortlich. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise kann nur mit internationalen Regeln für die Finanzmärkte bewältigt werden. Das erfordert ein gemeinsames Bekenntnis zu nachhaltigem Wirtschaften. Wir brauchen einen internationalen Konsens, der Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien und Werte ermöglicht. Dabei dürfen die positiven Wirkungen der Globalisierung auch in Krisenzeiten nicht durch nationalen oder regionalen Protektionismus gefährdet werden. Gemeinwohlorientierung, demokratische Legitimation und die Unverletzlichkeit der Menschenwürde sind das Fundament, auf dem ein solcher Konsens – unter Berücksichtigung kultureller und gesellschaftlicher Besonderheiten – aufbaut.

## LEITLINIEN

Solidarität und Subsidiarität sind die Leitprinzipien. Die Solidarität sorgt dafür, dass die Marktwirtschaft sich immer wieder durch ihre Orientierung am Gemeinwohl legitimiert. Die Subsidiarität schafft und garantiert den Raum für Eigenverantwortung und Eigeninitiative.

### 1. Rechtsstaatliche Rahmenordnung

Ein funktionsfähiges, verlässliches und demokratisch legitimes Rechtssystem ist Grundlage für effizientes und nachhaltiges wirtschaftliches Handeln. Es schafft die Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, für eine effiziente und bürgernahe staatliche Verwaltung sowie für die Berücksichtigung der Prinzipien einer guten Regierungsführung. Regulierende Elemente und eine konsequente Aufsicht kontrollieren die Einhaltung der Regeln und bestrafen regelwidriges Verhalten. Das ist kein Selbstzweck. Regulierung ist angemessen und richtig, um die Anreize in der Wettbewerbswirtschaft so zu gestalten, dass dezentrales Handeln im Wettbewerb zu gesellschaftspolitisch nützlichen Ergebnissen führt.

### 2. Eigentumsordnung und Beschäftigung

Eine effiziente und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftsstruktur muss auf einer privaten Eigentumsordnung beruhen, die die Verfügungsrechte an Gütern in die Hände von privaten Unternehmern und Haushalten legt. Privates Eigentum schafft den entscheidenden Antrieb für Einkommenserwerb durch Arbeit und ist die Grundlage eines innovativen Unternehmertums. Nur eine auf privatem Eigentum beruhende Wirtschaftsordnung sichert nachhaltig Beschäftigung. Auf dieser Grundlage können Eigenverantwortung und Eigeninitiative entstehen, ohne die ein effizienter Umgang mit eigenem Potential, Bildung, Innovation, Wachstum und Wohlstand unvorstellbar ist. Privates Eigentum kennzeichnet eine Wettbewerbsordnung, in der eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmer für ihr Engagement mit ihrem persönlichen Eigentum haften. Eigentum beinhaltet eine soziale Verpflichtung. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Dies gewährleistet maßvolles, nachhaltiges unternehmerisches Handeln und bewahrt vor einseitigem und kurzfristigem Renditestreben.

### 3. Wettbewerb als Grundlage

Eine weltweite Wettbewerbsordnung auf der Grundlage freier Preisbildung optimiert die Allokation knapper Mittel. Der funktionsfähige Wettbewerb ist der Motor nachhaltigen Wirtschaftens. Er fördert Effizienz und Fortschritt, stärkt verantwortliches Handeln und verhindert das Entstehen von einseitiger Marktmacht. Eine Wettbewerbsordnung verlangt national wie international offene Märkte und eine Kontrolle der Marktmacht und Konzentration durch den Staat und die Staatengemeinschaft. Wettbewerb basiert auf dem Leistungsprinzip und der Chancengleichheit.

### 4. Anwendung des Haftungsprinzips

Die Freiheit des Wettbewerbs bedingt die Anwendung des Haftungsprinzips, um den Leistungswettbewerb an die Verantwortung der jeweils Handelnden zu binden. Gewinnaussichten stimulieren den Wettbewerb. Das persönliche Einstehen bei Verlusten begrenzt zugleich unverantwortliches und übertrieben risikobehaftetes Handeln.

### 5. Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Eine marktwirtschaftliche Ordnung bedarf einer langfristig ausgerichteten Wirtschaftspolitik und größtmöglicher makroökonomischer Stabilität. Dies gilt insbesondere für nationale und internationale Finanzmärkte. Investitionen und langfristige Konsumentscheidungen setzen Vertrauen in eine stabile Rahmenordnung voraus. Dazu gehört auch die Ablehnung protektionistischer Maßnahmen sowie einer Geldpolitik, die sich nur an kurzfristigen nationalen Wirtschafts- und Wachstumszielen orientiert.

### 6. Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung muss der Staat die Bereitstellung öffentlicher Güter gewährleisten, wenn der Markt diese Güter nicht oder nur unzureichend zur Verfügung stellt. Eine leistungsfähige Infrastruktur, grundlegende Bildungschancen und der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung sind Bereiche, die der Staat mitgestalten muss. Bei sozialer Bedürftigkeit ist der Staat in besonderem Maß gefordert. Staatliche Eingriffe sollten jedoch begrenzt sein.

### 7. Solidarität und soziale Sicherung

Wirtschaftliches Wachstum begünstigt die Armutsbekämpfung. Die Marktwirtschaft kann das Entstehen von Einkommensunterschieden und die Benachteiligung von Teilen der Bevölkerung nicht verhindern. In einer Marktwirtschaft sind deshalb breitenwirksame, marktkonforme soziale Sicherungssysteme, Mechanismen eines regionalen Ausgleichs sowie ein leistungsorientiertes Steuersystem erforderlich, um den sozialen Frieden zu sichern und eine angemessene Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen.

### 8. Anreizkompatibilität

Zur Finanzierung der Staatsaufgaben bedarf es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung eines anreizorientierten Abgabensystems. Abgaben dürfen nicht so gestaltet sein, dass sie Leistungsanreize vermindern oder zu allokativen Verzerrungen führen.

### 9. Nachhaltigkeit

Jede Wirtschaftsordnung muss sich auch an ihren langfristigen Ergebnissen messen lassen. Nachhaltigkeit ist in ökologischer, sozialer und fiskalischer Hinsicht eines der wichtigsten Erfolgskriterien und ein Ausdruck der Generationengerechtigkeit. Eine auf Verantwortung und auf Haftung basierende Rechtsordnung stärkt Nachhaltigkeit. Insbesondere eine aktive Klimaschutzpolitik ist eine wirtschaftliche und moralische Verpflichtung zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

### 10. Politik der offenen Märkte

Nationale Alleingänge sind kein Heilmittel in der Krise, im Gegenteil: Sie können die weltweiten Auswirkungen der Wirtschaftskrise verschlimmern. Entscheidend sind eine koordinierte Politik der offenen Märkte sowie die Beachtung fairer Spielregeln. Gegen Protektionismus und ökonomischen Nationalismus müssen relevante internationale Institutionen weiter gestärkt werden.

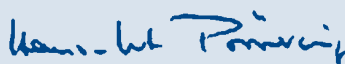
- Konrad Adenauer und seine Grundsätze sind für uns Leitlinie und Auftrag. Verpflichtung
- Aus moralischer Verantwortung heraus leisten wir einen Beitrag zur Förderung der Demokratie, des Rechtsstaats und der Wirtschaft



## ERFOLGSBEDINGUNGEN FÜR EINE GLOBALE SOZIAL- UND MARKTWIRTSCHAFTLICH ORIENTIERTE WIRTSCHAFTSORDNUNG

Eine offene und globale Wirtschaft braucht einen internationalen Rahmen. Prinzipien und Regeln, die sich auf nationaler wie europäischer Ebene im Rahmen einer sozial- und marktwirtschaftlich orientierten Wirtschafts- und Werteordnung bewährt haben, müssen auch auf internationaler Ebene angewandt werden. Diese Prinzipien verbinden Freiheit und Verantwortung zum Nutzen aller. Sie müssen insbesondere im Bereich der Finanzmärkte verbessert und in der Welthandelsordnung gestärkt werden. Erforderlich sind die Ausweitung der Legitimation, der Funktionsfähigkeit und der vertieften Zusammenarbeit internationaler Institutionen sowie die Schaffung integrativer Kooperationsforen. Ein verlässliches Rechtssystem und eine subsidiaritätsorientierte demokratische Ordnung sind die Grundlage dafür. Politischer Wettbewerb und politische Partizipation in den Nationen fördern die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der internationalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die notwendige Information durch unabhängige Medien und Verbände kann nur in einer solchen Ordnung ermöglicht werden. Konsens und das Bekenntnis der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure zum Interessenausgleich im nationalen und internationalen Rahmen sind die Voraussetzung für „Wohlstand für alle“.

8. Juli 2009



Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering  
Präsident des Europäischen  
Parlaments



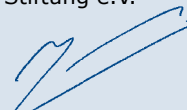
Prof. Dr. Bernhard Vogel  
Ministerpräsident a.D.  
Vorsitzender der Konrad-  
Adenauer-Stiftung e.V.



Joseph Daul  
Vorsitzender  
der EVP-Fraktion  
im Europäischen  
Parlament



Dr. Wilfried Martens  
Vorsitzender der  
Europäischen  
Volkspartei (EVP)



Prof. Dr. Cees P. Veerman  
Vorsitzender des  
Wetenschapelijk  
Instituut voor het CDA



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin

### Text

Nina Wollseifer, Stipendiatin  
der Journalistischen Nachwuchs-  
förderung der KAS

### Redaktion

Susanna Vogt, Referentin Globale  
Wirtschafts- und Sozialordnung,  
Hauptabteilung Internationale  
Zusammenarbeit der KAS

### Fotos

Harald Odehnal, KAS

Das Werk ist in allen seinen  
Teilen urheberrechtlich  
geschützt. Jede Verwertung ist  
ohne Zustimmung der Konrad-  
Adenauer-Stiftung e.V. unzu-  
lässig. Das gilt insbesondere  
für Vervielfältigungen, Über-  
setzungen, Mikroverfilmungen  
und die Einspeicherung  
in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.

© 2010

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-3-941904-41-5